

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsst.): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Papst geht aus

Roms großer Augenblick

Rom, 25. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Der erste Ausgang des Papstes seit 1870 ist heute zur Wirklichkeit geworden. Papst Pius XI. verließ am Abend Punkt 7.30 Uhr den Vatikan, um im großen Prozessionszug über den Petersplatz das heilige Sakrament zu tragen.

Die Prozession verlief programmäßig. Der Petersplatz war mit Gläubigen, Ordensbrüdern, Geistlichkeit und geladenen Gästen überfüllt. Als der Papst den Vatikan verließ, war es so spät, daß bereits die Dunkelheit einzusetzen begann. Allmählich wurde aber das Bild des Petersplatzes immer märchenhafter durch die vielen Kerzen, die jetzt in den Händen der Prozessionsmitglieder sichtbar wurden. Allmählich wurden auch die Lichter vor den Portalen angezündet, die mit den üblichen Windfahnen versehen waren. Der

große Altar in der Mitte der Front der Petersbasilika war von oben von unsichtbaren elektrischen Birnen beleuchtet.

Als der Papst nach einer halben Stunde, denn solange hatte sein Umzug gedauert, vor dem Altar das Allerheiligste in die Höhe hob und dabei den Segen *urbi et orbi* aussprach, sank die Menge der Gläubigen noch einmal in die Knie, um gleich darauf ihrem Beifall durch lautes Händeklatschen, das bisher zurückgehalten worden war, Ausdruck zu verleihen.

Den Journalisten war diesmal ein ausgezeichnetes Plätzchen auf dem Dach der Kolonnade des Bernini eingeräumt worden, während auf den Terrassen außerhalb des vatikanischen Palastes das diplomatische Korps Aufstellung genommen hatten. Verschiedene Photographen, die heimlich versucht hatten, mit automatischen Apparaten zu filmen, wurden im richtigen Augenblick festgenommen und ihre Filmaufnahmen beschlagnahmt.

China verhandelt mit Moskau

Direkte Aussprache aufgenommen

London, 25. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

„Daily Telegraph“ meldet aus Peking, daß in Peking Tsung, dem südlichen Endpunkt der ostchinesischen Eisenbahn, zwischen Peking und Tsung, der für diese besondere Mission von Peking beauftragt worden ist, und dem russischen Generalkonsul in Chardin, Melnikow, gestern morgen Vorbesprechungen zur Beendigung des russisch-chinesischen Konfliktes begonnen haben.

Der chinesische Vertreter erläuterte gegenüber dem russischen Generalkonsul Chinas Stellung dahingehend, daß General Tsung seine Autorität überschritten habe, als er die russischen Beamten der ostchinesischen Eisenbahn ihrer Stellungen ent-

zogen. China erkenne das Prinzip der gemeinsamen Kontrolle der ostchinesischen Eisenbahn an. Hierdurch soll der Weg zu Verhandlungen frei sein.

Der „Daily Telegraph“ meldet weiter, daß dem früheren russischen Gesandten in China ein Vikum nach Chardin gewährt worden ist, wo er mit dem chinesischen Gesandten in Finnland, der von der Pekingregierung in dieser Mission beauftragt worden ist, zusammentreffen wird. In Peking beurteilt man die Lage in bezug auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes außerordentlich optimistisch. Die leitenden chinesischen Staatssekretäre sind gleichfalls nach Chardin zwecks Eröffnung der Verhandlung entsandt worden.

(Siehe auch dritte Seite.)

Haag wieder im Vordergrund

Die Suche nach dem Konferenzort

London, 25. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Reuter erfährt über die Besprechungen zur Wahl des Ortes für die Reparations-Konferenz, es sei wahrscheinlich, daß die Wahl auf den Haag fallen würde. Die britische Regierung bestrebt sich nicht mehr auf London als Konferenzort. Die Konferenz werde wahrscheinlich am 6. August eröffnet werden.

Die „New York Tribune“ meldet, heute nachmittag erfahren zu haben, daß sämtliche Mächte mit Ausnahme von Belgien damit einverstanden sind, daß die Reparationskonferenz im Haag stattfindet, und daß jetzt ein Druck ausgeübt werden soll, um Belgien umzustimmen, auf jeden Fall aber — ob diese Bestrebungen Erfolg haben werden oder nicht — sei man in britischen offiziellen Kreisen davon überzeugt, daß die Konferenz wenigstens um einige Tage verschoben werden muß, aber man hoffe dort noch immer, daß sie noch vor der Zusammenkunft des Völkerbunds in Genf im September abgehalten werde.

Paris, 25. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Nachdem der deutsche Botschafter von Hoesch während der letzten Tage wiederholt mit dem Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Barthelot, im Meinungsaustausch gestanden hatte, hat er heute mittag wieder eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand am Quai d'Orsay selbst gehabt. Die Unterhaltung drehte sich natürlich ebenso wie die Besprechungen mit Barthelot in erster Linie um die Vorbereitung der bevorstehenden Regierungskonferenz.

Die Agentur „Savos“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Der Meinungsaustausch, der über die Wahl des Konferenzortes geführt wird, wird zwischen den interessierten Regierungen eifrig fort-

gesetzt. Außenminister Briand hat darüber gestern und heute mit dem englischen Botschafter, mit dem japanischen Botschafter und heute vormittag mit dem deutschen Botschafter verhandelt. Im Augenblick scheinen Deutschland, England, Frankreich und Japan sich dahin verständigt zu haben, daß die Konferenz im Haag stattfindet. Es handelt sich jetzt darum, die Zustimmung Belgiens zu erhalten, dessen Regierung durch den englischen Botschafter zur Meinungsäußerung aufgefordert worden ist. Einwendungen gegen den Haag als Konferenzort werden von einer anderen Macht nicht erwartet.“

Massen-Verhaftungen Prager Kommunisten

Prag, 25. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Kommunistenverhaftungen am Dienstag bei einer Razzia bei einer Sitzung des provisorischen Aktionsausschusses, der Vorbereitungen für kommunistische Demonstrationen am 1. August treffen sollte, scheinen nur der Anfang einer großangelegten antikomunistischen Aktion der Behörden zu sein. Nachdem gestern im Sekretariat der kommunistischen Partei eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden war, wobei zahlreiche Agitationsmaterial für den 1. August beschlagnahmt worden war, drang heute vormittag die Polizei abermals in das Sekretariatsgebäude der kommunistischen Partei in der Vorstadt Karolinental ein, wobei sämtliche Schriften beschlagnahmt, der Sekretär des kommunistischen Abgeordnetenklubs, Dr. Dolanský, und sämtliche Stenotypistinnen verhaftet wurden.

Gleichzeitig besetzte die Polizei auch das kommunistische Sekretariat des 1. Prager Wahlkreises und verhaftete den Sekretär sowie mehrere Angestellte. Im ganzen wurden bei der heutigen Aktion 30, seit Dienstag insgesamt 180 Personen verhaftet.

Glückliche Antipoden

Neuseeland als abendländisches Problem

Von

Colin Ross

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Wellington, im Juni

Die Berichterstattung über ferne Länder steht heute in ihrer dritten Phase. Auf die Berichte der Entdeckungzeit folgte die Periode der Beschreibung, der „Land und Leute“-Schilderungen, und heute stehen wir im Zeitabschnitt der Probleme.

Neuseeland befindet sich in gewissem Sinne noch in allen drei Perioden. Auf genauen neuseeländischen Karten gibt es noch die ominösen weißen Flecke mit der Bezeichnung „Unersucht“. Allein diese Gebiete bieten ebenso wenig etwas aufregend Geheimnisvolles wie die sonstigen unerforschten Gebiete, die es noch auf der Erde gibt. Und selbst der wissenschaftliche Wert kann nur sehr gering sein, wenn jene letzten Reste noch unbekannten Wald- und Felslandes im Südwestzipfel der Südhälfte „erforscht“ sind. Man versteht also, wenn ich meinen Ehrgeiz nicht an die restlose „Erforschung“ Neuseelands setze.

Auf dem Gebiete der „Land und Leute“-Schilderung bleibt mehr zu tun. So angeschwollen die Reiseliteratur heute im allgemeinen ist, über Neuseeland ist sie immer noch sehr gering. Wenn ich unter solchen Umständen trotzdem von dem „Problem Neuseeland“ rede, so setze ich mich leicht dem Vorwurf aus, überall und unter allen Umständen „Probleme“ zu sehen. Nun, vor sechs Wochen hätte ich mir wahrscheinlich noch selber diesen Vorwurf gemacht. Ich habe mir noch in Melbourne überlegt, ob es überhaupt dafür künde, hinüberzufahren, und wenn wir es schließlich taten, so nur, weil wir eben gerade in der Nähe waren, und weil ich für unseren Film ein paar schöne Landschaftsbilder einfangen wollte.

Ich hatte mir die Fahrt durch Neuseeland als eine Art Erholungsreise gedacht, die wir nach den anstrengenden Erlebnissen in Australien ja schließlich auch gut brauchen konnten. Selbst in den ersten Wochen auf Neuseeland kam mir noch nicht der leiseste Gedanke, hier irgendwelche Probleme zu sehen, und erst mit der Zeit entstand und verdichtete sich die Idee, daß es — wenn auch schwer erkennbar — etwas gibt wie ein neuseeländisches Problem, das heißt eine Frage, die über das rein lokale Interesse hinaus auch Europa und die Weltpolitik interessiert.

Um diesem Problem nahezu kommen, muß man sich allerdings zuerst ein wenig über die geomorphologische und geologische Struktur der Insel klar werden. An der verhältnismäßig großen Unkenntnis, in der man sich bei uns über diese Struktur befindet, ist nicht zum wenigsten der Begriff „Australasien“ schuld, unter dem man auch Neuseeland begreift. Auch wer bei uns weiß, daß Neuseeland nicht zu Australien gehört, der rechnet doch beide Gebiete, die geographisch nichts miteinander zu tun haben, unter der Bezeichnung Australasien als etwas Zusammengehöriges.

Es wird nicht leicht sein, den Begriff Australasien auszumerzen, zumal man auch hier eine merkwürdige Vorliebe für ihn hat. So gibt es mindestens ein halbes Duzend verschiedener „Banken von Australasien“. Nun, den australischen Kontinent kann man schließlich noch so bezeichnen; da er unzweifelhaft einmal durch die indonesische Inselbrücke mit dem asiatischen Festland verbunden war. Neuseeland aber hat mit Australien auch nicht das geringste gemein.

Es ist vielleicht ein gewisser Fehler, daß auf unseren Karten alle Meere in der Regel mit der gleichen blauen Farbe bezeichnet sind, und die Orographie der Tiefsee nicht erkennbar wird. Sieht man sich aber die Meeresprofile der Südhälfte an, so erblickt man zwischen Australien und Neuseeland ein Tief, das einen Zusammenhang der Doppelinsel mit dem Kontinent auch in weit zurückliegenden Perioden der Erdgeschichte als unwahrscheinlich erscheinen läßt.

Dagegen setzt sich der neuseeländische Block sowohl nach Norden wie nach Süden unter dem Wasser fort, so daß es immerhin möglich ist, daß er einmal in Verbindung mit zwei vermuteten vorgeschichtlichen Kontinenten stand, dem melanesisch-mikronesischen und dem antarktischen. Ob dies zutrifft oder nicht, ist jedoch gänzlich belanglos gegenüber der Tatsache, daß es von Australien mindestens bereits in einer so frühen Periode getrennt wurde, daß es zwischen Fauna und Flora beider Gebiete nichts Gemeinsames gibt.

Auch die Besiedlung und Kolonisierung durch das gleiche Volk, durch das englische, hat beide Gebiete nur sehr bedingt auf die gleiche Entwicklungslinie gebracht. Der Neuseeländer, selbst der neuseeländische Proletarier, erwähnt dem Fremden gegenüber gern, daß die ersten neuseeländischen Siedler aus den allerbesten Kreisen stammten, daß es sich um ausgewähltes Menschenmaterial handelt, und daß sowohl die englische Hochkirche wie die Kirche von Schottland eine entscheidende Rolle

bei der Besiedlung des Landes spielten. Man sagt das, um den Unterschied gegenüber Australien zu betonen, das doch zuerst von Verbrechern und Sträflingen bevölkert wurde. Nun, ganz stimmt das nicht. Auch in Australien sind wesentliche Teile — so Südaustralien und Victoria — von ähnlich ausgewählten Kreisen besiedelt worden, wie es die Neuseeländer von ihrem Land behaupten, und zum andern gab es auf Neuseeland vor dem Einsetzen der offiziellen Kolonisierung eine böse Rote Rasse von Walfischfängern, Robbenjägern und dem zweifelhaftesten Gesindel, das sich so übel aufführte, daß Neu-Süd-Wales darauf drängte, die dortigen Weißen der englischen Gerichtsbarkeit zu unterstellen.

Wie dem auch sei, das andere Klima, der andere Boden, die anderen Lebensverhältnisse haben beide Zweige des gleichen Stammes sich in so verschiedener Weise entwickeln lassen, daß Australien und Neuseeland heute nur das eine miteinander gemein haben, daß beide Dominien des britischen Empire sind. Im übrigen sind sie so verschieden voneinander, wie von Kanada oder Südafrika.

Zwischen beiden pazifischen Dominien besteht keinerlei politische Interessengemeinschaft, keine militärischen oder maritimen Abmachungen. Ihre Ansichten über Wesen und Ausgestaltung des britischen „Commonwealth of nations“ weichen erheblich voneinander ab. Der Reiseverkehr von einem Land zum andern ist gering, und wirtschaftlich spielen sie in ihrer wechselseitigen Handelsbilanz keine entscheidende Rolle.

Vor allem aber berühren die australischen Probleme Neuseeland in keiner Weise. Der gelben Gefahr, der Australien mit seinem unbesiedelten Nordterritorium eine ungezügelte Flanke bietet, ist Neuseeland durch seine abgelegene Lage entzückt. Man vergesse nicht, daß von Australien nach Neuseeland mit dem schnellsten Dampfer mindestens vier Tage Fahrt sind. Die Wirtschaftskrisen, denen der australische Kontinent mit seinen periodischen Dürren immer wieder gegenübersteht, bestehen für das Insel-Dominium nicht. Und ebensowenig wird Neuseeland von den sozialen Unruhen tangiert, welche heute den „Erdball der sozialen Wunder“ in schwerste Wirren zu stürzen drohen.

Dagegen hat Neuseeland sein eigenes Problem. Freilich ist das kein Problem in landläufigem Sinne, als einer Krise oder Gefahr, sondern vielmehr eine einzigartige Chance, welches diese durch Klima und Lage ausgezeichnete Insel der abendländischen Zivilisation und der weißen Rasse bietet.

Bulgariens Amnestie

Eine südslawische Schizane

Sofia, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Der südslawische Gesandte Rasitsch hat in einer Verbalnote von der südslawischen Regierung Aufklärung darüber gefordert, ob die kürzlich in der Sobranje angenommene Amnestie nach Auffassung der bulgarischen Regierung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Auslieferung Kriegsschuldiger an die Siegermächte vereinbar sei. Die Verbalnote führt nach dem amtlichen Communiqué auch den Namen des früheren Oberkommandierenden der bulgarischen Armee, General Schelow, an, der aber bereits vor vier Jahren amnestiert wurde und mit der letzten Amnestie daher nichts zu tun hat.

Die Note hat hier große Mißstimmung hervorgerufen, und man betont, daß die Beurteilung der jetzt Amnestierten seinerzeit aus eigenem Antrieb Bulgariens erfolgt sei. Die Amnestie sei daher eine rein innere Angelegenheit Bulgariens. Die Friedensvertragsbestimmungen über die Auslieferung Kriegsschuldiger seien gegenstandslos geworden.

Rußlands Antwort an Henderson

London, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Note der russischen Regierung über die Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen ist nunmehr in London eingetroffen. Es wird erwartet, daß der russische Botschafter in Paris, Donskowsky, Anfang der nächsten Woche in London eintreffen wird, um mit der englischen Regierung über die formale Wiederaufnahme der Beziehungen zu verhandeln.

Französisch-schweizerischer Autokrieg

Genf, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Seit Monaten tobt zwischen Frankreich und der Schweiz der sogenannte Autokrieg. In den wirtschaftlich besonders durch den sommerlichen Reiseverkehr eng verbundenen Gegenden der Westschweiz und Frankreichs bekriegen sich die beiderseitigen Bürokraten durch immer komplizierter werdende Vorschriften über den Autoverkehr, so daß der früher blühende Verkehr der Automobillisten schon längst vollständig eingestellt werden mußte.

Die zunehmenden Schikanen auch für Privatautos haben nun den Genfer Staatsrat bewogen, beim Bundesrat in Bern entscheidende Schritte zu unternehmen, um diesem lächerlichen Bürokratenkrieg ein Ende zu machen, der für den Kanton Genf unentzücklich zu werden droht, der mit Frankreich eine gemeinsame Grenze von beinahe 100 Km. hat. Zu allem Ueberflus sind von heute ab die schweizerischen Eintrittsgebühren für Automobile auf das Fünffache, nämlich auf 4 Schweizer Franken, für jede Grenzüberbreitung erhöht worden.

Erziehungs-Weltkongreß in Genf

Genf, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Heute wurde im hiesigen Ausstellungspalast der Große Internationale Erziehungskongreß eröffnet, dessen Hauptzweck die Arbeit für die Völkerverständigung und den Frieden unter den Pädagogen ist. Zu dem Kongreß sind über 3000 Personen, größtenteils Lehrer und Lehrerinnen, aus fast allen Ländern der zivilisierten Erde, in Genf eingetroffen. Mit dem Kongreß in Verbindung wird heute eine große pädagogische Ausstellung eröffnet.

Nachwehen der Schuldendebatte

Eine merkwürdige Kammer-Abstimmung

Paris, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Kammer hat sich heute wieder einen überraschenden Seiten sprung geleistet. Sie diskutierte über den von dem Abg. Villaz eingebrachten Gesetzentwurf über die Errichtung eines Spezialkontos für die Schuldentilgungen an Amerika. Nach einer überaus friedlichen Debatte lehnte sie zur allgemeinen Überraschung die Schaffung dieses Sonderkontos mit 390 gegen 200 Stimmen ab. Der Antrag Villaz, der nur einen einzigen Artikel umfaßt lautete:

„Die zur Zahlung der Annuitäten, die Frankreich auf Grund der Schuldenabkommen vom 29. April und 12. Juli 1926 an England und Amerika abzuführen sich verpflichtet hat, notwendigen Summen werden auf einem besonderen Konto gebucht. Auf die Kreditseite dieses Kontos sind die von Frankreich zu erhaltenden Sonderzahlungen Deutschlands einzutragen, auf die Debetseite die an die Gläubiger abgeführten Beträge. Eventuelle Ueberschüsse sind aufs nächste Jahr vorzutragen.“

An der Debatte beteiligten sich nur Redner der dritten und vierten Garnitur. Alles verlief friedlich, um nicht zu sagen langweilig, bis auf einen kurzen Wortwechsel zwischen Herriot und dem Finanzminister Chéron. Der Minister hatte im Namen der Regierung erklärt, daß diese gegen das Gesetz nichts einzuwenden habe. Die Kammer könne es also annehmen, zumal es ihren berechtigten Besorgnissen um die französischen Vorbehalte entspreche.

Herriot gab dem Minister aber zu bedenken, daß das Gesetz eine gefährliche Seite habe. Es verlange, daß die deutschen Zahlungen, die doch eigentlich nur für die Wiedergutmachung bestimmt seien, automatisch für die Schuldentilgungen an Amerika zur Verfügung gestellt werden müßten. Chéron dagegen erklärte den Text für ungefährlich und harmlos, er stehe auch in keinem Widerspruch zum Young-Plan.

Herriot warf erneut ein, daß dann also das Gesetz überflüssig wäre, denn zur Ueberleitung der deutschen Zahlungen an Amerika sei die Internationale Reparationsbank da. Wiederum erklärte Chéron, daß noch kein Schaden angerichtet worden sei, wenn ein besonderes Konto geführt werde. Der radikale Abg. Mogaro fragte dazwischen: „Wenn aber nun der Young-Plan überhaupt nicht in Kraft tritt?“ — „Auch dann“ — antwortete Chéron — „glaube ich nicht, daß wir mit diesem harmlosen Gesetzestext irgend etwas kompliziert hätten.“

Selbstverständlich hütete sich die Regierung, für ein Gesetz, das sie offen für überflüssig erklärte, das sie aber gerade seiner Harmlosigkeit wegen nicht bekämpfte, die Vertrauensfrage zu stellen. Bei der Abstimmung, die erst in der heutigen Nachmittagsitzung begann, wurden die einzelnen Sätze des Antrages Villaz ohne weiteres durch Handaufheben angenommen.

Als es aber nun zur Schlußabstimmung kam, erfolgte die Ablehnung des Gesetzes mit 390 gegen 200 Stimmen. Die allgemeine Verblüffung war so groß, daß der Kammerpräsident Bouisson sofort die Sitzung abbrach. Das überaus merkwürdige Abstimmungsergebnis wird keinerlei politische Folgen haben, es ist lediglich ein Kuriosum, ein neuer Beweis für die Launenhaftigkeit der Kammer.

Caillaux empfiehlt Ratifizierung

Paris, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Senat setzte heute die Diskussion über die Schuldenabkommen fort. Der frühere Finanzminister Caillaux trat nach einer ausführlichen Schilderung der von ihm im Jahre 1926 geführten Verhandlungen in London und Washington für die Ratifikation ein. Er vermöge die Besorgnisse, die vielfach wegen der Schaffung einer internationalen Reparationsbank geäußert würden, nicht zu teilen. Im Gegenteil sei die Gründung eines Clearinghauses und einer Vermittlungsstelle zwischen Gläubigern und Schuldern durchaus zu begrüßen.

Er, Caillaux, habe im übrigen keinen Anlaß, an dem Zahlungswillen Deutschlands zu zweifeln. Die einzige Bedingung, unter der der Young-Plan ausgeführt werden könne, sei die Herstellung eines immer engeren Einvernehmens unter den europäischen Staaten. „Sie haben recht“, rief Caillaux hier dem Außenminister Briand zu, „von den Vereinigten Staaten von Europa zu sprechen.“ Man müsse unbedingt an der Beseitigung der Zollmauern in Europa arbeiten.

Nach Caillaux sprach Senator Japy, der eine heftige Anklage gegen die Vereinigten Staaten hielt. Von rechtswegen sei es Frankreich, das von den Vereinigten Staaten Schadenersatz zu fordern hätte, da der gemeinsame Sieg nur durch die Verwüstung französischen Bodens errungen worden sei.

Den Schluß der Debatte bildeten längere Ausführungen des früheren französischen Botschafters in Washington, Beranger, der das von ihm geschlossene Abkommen als den unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzig möglichen bezeichnete und für die Ratifikation eintrat.

Änderung der englischen Ägypten-Politik?

Lord Lloyds Abschied

London, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Im Oberhaus begann heute die Aussprache über den Rücktritt Lord Lloyds, des Hohen Kommissars für Ägypten. Marquis von Salisbury erklärte, das ganze Land sei durch den Rücktritt unangenehm berührt worden. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Initiative nicht von Lord Lloyd ausgegangen, sondern daß es ein provoziertes Rücktritt sei. Das Haus würde es begrüßen, zu erfahren, warum der Außenminister am 3. Juli das bewusste Telegramm an Lord Lloyd sandte, während noch am 2. Juli die Regierung erklärt habe, sie werde keine Änderung der Politik gegenüber Ägypten durchführen. Die Lage in Ägypten sei immer sehr delikater Art gewesen und die vier englischen Vorbehalte seien Vorbedingungen für Ägyptens Unabhängigkeit. Der Rücktritt Lord Lloyds habe die Kontinuität der Politik erschüttert. Angesichts der Bedeutung Ägyptens für den Verkehr mit den überseeischen Dominions fragte der Marquis von Salisbury die Regierung, ob Australien und Neuseeland von dieser Änderung der Politik benachrichtigt worden wären. Die ägyptische Frage sei ein Prüfstein für die Fähigkeit der Arbeiterregierung.

Lord Parmoor, der für die Regierung antwortete, erklärte, er könne das Oberhaus auf seine Erklärung hinweisen, die er während der Amtsperiode der Arbeiterregierung im Jahre 1924 abgegeben habe. Die Arbeiterpartei halte diese Erklärung auch jetzt vollkommen aufrecht, und es könne von einer Änderung der Politik gegenüber Ägypten keine Rede sein, insbesondere nicht bezüglich der vier Vorbehalte und auf des Sudans. Die Arbeiterpartei habe den Wunsch, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um Ägypten in allen internen Fragen zu einem souveränen Staat zu machen. Die Regierung erkenne die Dienste durchaus an, die Lord Lloyd dem Lande in Ägypten geleistet habe und ein „provozierter Rücktritt“ liege nicht vor.

Lord Reading, der frühere Vizekönig von Indien und Mitglied der liberalen Partei sagte, er wünsche der Regierung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten und wolle nicht auf die Beantwortung von Fragen drängen, die die Regierung nicht zu besprechen wünsche. Er sei aber über die Antwort der Regierung aufs äußerste enttäuscht und habe die Ueberszeugung, daß die eigentliche Ursache von Lord Lloyds Rücktritt doch eine Änderung der Ägypten-Politik sei.

Lord Parmoor antwortete darauf, im Prinzip sei die Politik die gleiche geblieben, aber das Verfahren sei wohl geändert worden. Lord Reading fragte sofort, worin diese Verfahrensänderung bestünde, erhielt aber nur die Antwort, daß der verantwortliche Minister, also Henderson, morgen im Unterhaus eine Erklärung abgeben werde.

Lord Brentford führte aus: Die Arbeiterregierung habe nicht das Recht, getreue Diener der früheren Regierung abzuweisen. Wenn Lord Lloyd entgegen dem Abkommen der konservativen Regierung gehandelt hätte, so hätte sie selbst gewußt,

welche Schritte sie zu unternehmen hätte. Falls die Regierung wirklich die Absicht gehabt hätte, dem Oberhaus Informationen zu geben, so hätte sie ihre Vertreter ausreichend über die Lage informieren können. Er wünschte von der Regierung zu wissen, ob sie vor der Absendung des Telegramms mit den Regierungen der Dominions, die an der ägyptischen Frage sehr interessiert seien, zuvor in Verbindung getreten sei, und ob die Verhandlungen mit den in London anwesenden Vertretern der ägyptischen Regierung vor oder nach der Absendung des bewußten Telegramms eingeleitet worden seien. Als die Regierungsvertreter darauf keine Antwort geben konnten, erklärte Brentford, es sei seiner Erfahrung nach bisher unmöglich gewesen, daß ein derartiges Telegramm abgefaßt oder derartige Verhandlungen eröffnet worden wären, ohne daß der verantwortliche Minister mit den anderen Kabinettsmitgliedern ausreichende Besprechungen geführt hätte.

Lord Birkenhead fragte die Regierungsvertreter, ob ihnen bekannt sei, welche Privilegien das Haus habe. Von allen Seiten habe man Beschwerden über Mangel an Informationen gehört, ihm sei etwas derartiges in seiner langen parlamentarischen Tätigkeit noch nicht vorgekommen. Anscheinend herrsche zwischen den Mitgliedern des Kabinetts eine Geheimnisträuerei. Es sei ein Skandal, daß das Recht des Hauses auf Vorlage der von Lord Parmoor erwähnten Dokumente nicht beobachtet würde. Seien Lord Lloyd die beabsichtigten Änderungen bezüglich des Verhandlungsverfahrens mitgeteilt worden? Habe Lord Lloyd den Außenminister gefragt, welche diese Änderungen wären und habe Henderson ihm die Antwort verweigert? Habe die Regierung die Absicht, dem Hause keine Informationen zu geben und hinter dem Rücken des Parlaments ein Abkommen mit Ägypten zu treffen?

Da eine Antwort auf diese Fragen von der Regierungsbank nicht gegeben wurde, mußte die Debatte geschlossen werden.

Wer wird Nachfolger?

London, 25. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

„Daily Telegraph“ bezeichnet als die beiden aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge von Lord Lloyd den Kolonialminister Lord Balfour (den berühmten Nationalökonom Sidney Webb), der seine Laufbahn im Kolonialministerium begonnen hat, und den Kolonialminister im vorigen Kabinett Macdonald, Lord Oliver.

Es wird darauf hingewiesen, daß die heute im Oberhaus erwähnte Änderung der englischen Politik gegenüber Ägypten darin bestehen wird, daß die englische Regierung sich in Zukunft in die Arbeiten des ägyptischen Parlaments und der ägyptischen Gesetzgebung weniger einmischen wird, als dieses bisher der Fall war. Die letzte englisch-ägyptische Krise entstand bekanntlich, weil Chamberlain Einspruch erhob gegen ein Vereins- und Versammlungsgesetz, das nach englischer Auffassung die Aufrechterhaltung der Ordnung in Ägypten nicht genügend gewährleistete.